

// Björn Fischer (ZEW Mannheim & IZA Bonn),
Han Ye (Universität Mannheim, ZEW Mannheim und IZA Bonn)

Höheres Renteneintrittsalter reduziert privates Sparen – aber erhöht Gesamteinkommen – von Frauen

Um die Finanzierung des Rentensystems bei zunehmender Erhöhung des Alters in der Gesellschaft zu stabilisieren und den Fachkräftemangel zu verringern, werden immer wieder Erhöhungen des Renteneintrittsalters diskutiert. Gleichzeitig hat die Politik staatliche Anreize zur privaten Altersvorsorge – etwa mit der Riester-Rente – eingeführt, um die verfügbaren Einkommen im Rentenalter zu verbessern. Bisher ist jedoch noch wenig darüber bekannt, wie Haushalte beim Sparen für das Alter auf Veränderungen des Renteneintrittsalters reagieren. In einer neuen Studie des ZEW Mannheim in Kooperation mit der Universität Mannheim und dem DIW Berlin wird untersucht, welchen Effekt eine Erhöhung des Renteneintrittsalters für Frauen für die Sparquote der jeweils betroffenen Haushalte hat. So führt eine Erhöhung des Renteneintrittsalters für Frauen dazu, dass diese planen, länger zu arbeiten. Das sorgt bei Haushalten mit verheirateten Frauen für ein höheres erwartetes Lebenseinkommen und höheren Beiträgen in die Rentenkasse, was mehr verfügbares Einkommen im Ruhestand zur Folge hat. Solche Haushalte erhöhen während der Erwerbsphase ihren Konsum und verringern die monatliche Sparquote um geschätzte 1,5 Prozentpunkte. Die Studie verdeutlicht ferner, dass die betroffenen Haushalte aufgrund der höheren Gesamtverdienste trotz der vorübergehenden Verringerung der Sparquote in der Summe nach der Verrentung über ein höheres Einkommen verfügen.



HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

- Betroffene Frauen planen, auf die Erhöhung des Renteneintrittsalters mit einer Verlängerung des Erwerbslebens zu reagieren.
- Haushalte mit betroffenen, verheirateten Frauen reduzieren daraufhin ihre Sparrate.
- Frauen, die ihr Erwerbsleben bis zum neuen Renteneintrittsalter verlängern wollen, erwarten trotz reduzierter Sparquote ein höheres verfügbares Einkommen im Ruhestand.
- Solche Antizipationseffekte sollte die Politik bei Diskussionen zur zukünftigen Rentenpolitik beachten und entsprechend das Sparen für die Rente im Gleichschritt mit solchen Reformen fördern.

HAUSHALTE ANTIZIPIEREN ERHÖHTE RENTENALTER

Aufgrund gestiegener Lebenserwartung und gesunkener Geburtenquoten kommt es seit einigen Jahren zu einem Anstieg des Anteils von Personen ab 60 Jahren in der Bevölkerung. Das übt Druck auf die Finanzierbarkeit des umlagefinanzierten Rentensystems in Deutschland aus. Dazu gehen in den nächsten Jahren die geburtenstarken Jahrgänge der sogenannten „Baby-Boomer“ in Rente, was die Anzahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter rapide schrumpfen lässt und den oft diskutierten Fachkräftemangel verstärkt.

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, hat die deutsche Politik seit einigen Jahren angefangen, Reformen zur Erhöhung der Lebensarbeitszeit umzusetzen. Durch familienpolitische Maßnahmen, wie den Ausbau von Kinderbetreuung und Elternzeit wird Frauen die Teilnahme am Arbeitsmarkt stärker ermöglicht. Darüber hinaus werden Haushalte von der Politik aufgefordert, in verstärktem Maße privat – über Sparverhalten oder Versicherungen – für das Alter vorzusorgen, da das Rentenniveau in den nächsten Jahren stetig unter 50 Prozent des durchschnittlichen Arbeitsentgelts sinken wird.

Manche der umgesetzten Rentenreformen erhöhen Anreize zur späteren Verrentung, sei es über die Einführung oder Erhöhung von Abschlägen auf die Frühverrentung oder über die langsame Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters auf 67, was bei konstantem Verrentungsverhalten effektiv auch eine Erhöhung der Abschläge mit sich bringt. Diese Reformen haben zwar die Erhöhung der Arbeitsmarktteilnahme älterer Männer und Frauen zum Ziel, für die Betroffenen in früheren Altersstufen ist der Effekt auf ihr tatsächliches Rentenalter jedoch schwer vorherzusagen. In den Erwartungen der Betroffenen überwiegt oft die Reduzierung der Rentenbezüge. Einige Studien zeigen, dass diese Reformen einen Anreiz zu verstärktem Sparen setzen. Andere Reformen schaffen Frühverrentungsgrenzen ganz ab. Die Auswirkungen hiervon auf die Verlängerung des Arbeitslebens sind für Betroffene und jüngere Altersgruppen vor der Rente gut zu antizipieren, was oft (un-)erwünschte Nebenwirkungen hat.

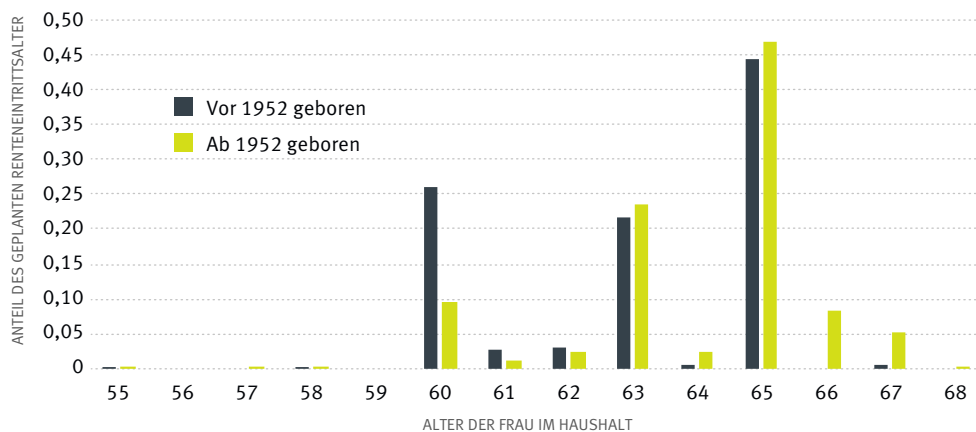
Diese Studie untersucht die Abschaffung der Altersrente für Frauen ab 60 Jahren mithilfe der deutschen Befragten im Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE). Die Rentenreform von 1999 sorgte dafür, dass ab dem Jahr 1952 geborene Frauen frühestens mit 63 Jahren in Rente gehen können, während bis 1951 geborene Frauen noch frühzeitig mit 60 in Rente gehen konnten.

Private Vorsorge und erhöhte Arbeitsmarktteilnahme von Frauen soll sinkendes Rentenniveau ausgleichen

Rentenreformen verändern individuelle Erwartungen

Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird antizipiert

ABBILDUNG 1: GEPLANTES RENTENALTER DER BEFRAGTEN FRAUEN NACH ALTERSKOHORTE



Quelle: SHARE-Panelstudie und eigene Berechnungen

Abbildung 1 zeigt Antizipationseffekte auf das geplante Rentenalter. Während Frauen unter 60 Jahren, die vor 1952 geboren wurden, noch häufig ein geplantes Rentenalter unter 63 Jahren angaben, planen ab 1952 geborene Frauen viel seltener, vor 63 in Rente zu gehen.

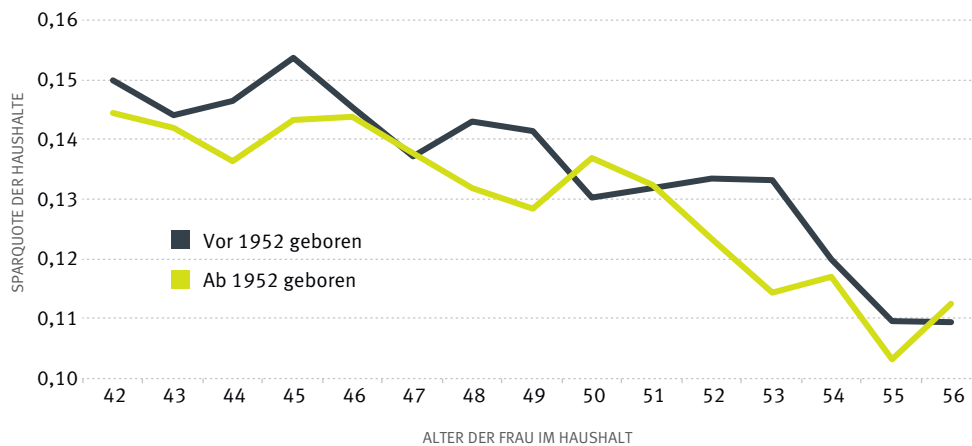
Damit erhöht sich für die später geborenen Frauen nicht nur das Lebenseinkommen durch mehr Arbeitsjahre. Durch das längere Einzahlen in die Rentenkasse und verringerte Abschläge beim Renteneintritt, beispielsweise mit 63 anstatt 60 Jahren, erhöhen sich auch die Rentenbezüge. Außerdem haben betroffene Frauen mehr Zeit, durch privates Sparen für das Alter vorzusorgen. Somit erhöht sich durch die Reform zusammengenommen das mögliche verfügbare Einkommen in der Rente – im Schnitt um 12,7 Prozent, wenn man die kumulierten privaten Lebensersparnisse auf die Anzahl der Jahre in der Rente umlegt.

VERÄNDERUNG DES SPARVERHALTENS DURCH RENTENREFORMEN

Mithilfe der deutschen Einkommens-, und Vermögensstichprobe (EVS) zeigt die Studie, dass Haushalte mit verheirateten Frauen unter 60 Jahren – also dieselben Haushalte, die höhere Antizipationseffekte der Rentenreform auf das geplante Rentenalter zeigen – in ihrem Sparverhalten auf die Reform reagieren. Sie reduzieren ihre Sparquote durchschnittlich um 1,5 Prozentpunkte im Vergleich zu Haushalten mit früher geborenen Frauen, die noch mit 60 in Rente gehen konnten.

**Im Schnitt 1,5
Prozentpunkte
weniger Ersparnis
bei späterem
Renteneintritt**

ABBILDUNG 2: SPARQUOTE VON HAUSHALTEN NACH ALTER UND GEBURTSKOHORTE DER FRAU



Quelle: EVS-Daten, eigene Berechnungen

Abbildung 2 zeigt die Sparquote der Haushalte mit verheirateten Frauen, die rund um den Stichtag geboren wurden, gruppiert nach Alterskohorte. In beiden Gruppen sinkt die Sparquote – also der Anteil der monatlich gesparten Summe am verfügbaren Haushaltseinkommen – mit ansteigendem Alter stetig. Außerdem ist in fast allen Altersstufen die Sparquote bei Haushalten mit vor 1952 geborenen Frauen höher als bei nach 1952 geborenen Frauen. Da sich die Haushalte in beiden Gruppen vor allem in der Möglichkeit unterscheiden, vor 63 in Rente zu gehen, kann die Differenz im Sparverhalten auf die Rentenreform zurückgeführt werden.

Hierbei zeigt sich ein kausaler Reformeffekt von minus 1,5 Prozentpunkten auf die Sparquote in Haushalten mit verheirateten Frauen. Diese reagieren auf die antizipierte Verlängerung des Arbeitslebens und die damit verbundene erwartete Erhöhung des verfügbaren Einkommens in der Rente. Sie sparen weniger als vergleichbare Frauen, die noch mit 60 in Rente gehen können.

Während sich das verfügbare Einkommen zwischen den Jahrgängen vor der Rente nicht unterscheidet, geben die betroffenen Haushalte während der Erwerbsphase mehr Geld für Freizeitaktivitäten aus. Durch die Reform erhöht sich das Einkommen der Frauen über die gesamte Rentenzeit zwar um durchschnittlich 12,7 Prozent, aufgrund der Verringerung der Sparquote um 1,5 Prozentpunkte wird dieser durch die Anhebung des Rentenalters entstandene durchschnittliche Zugewinn des verfügbaren Einkommens jedoch auf 10 Prozent reduziert. Somit haben aber ab dem Jahr 1952 geborene Frauen trotz niedrigerer Sparquote in der Rentenzeit im Schnitt immer noch 10 Prozent mehr Einkommen als Frauen, die vor 1952 geboren sind und früher in Rente gehen.

Höhere Lebensarbeitszeit überwiegt negative Rentenreform

POLITIK KANN DIE ANTIZIPATIONSEFFEKTE MITDENKEN

Individuen und Haushalte bilden Erwartungen bezüglich ihres zukünftigen Verhaltens; Politikveränderungen können darauf Einfluss nehmen. So hat die in dieser Studie untersuchte Rentenreform zu einer Anpassung des erwarteten Renteneintrittsalters unter betroffenen Frauen geführt. Diese Veränderung in der Erwartung bezüglich des Renteneintritts sorgt dafür, dass Haushalte mit verheirateten, ab 1952 geborenen Frauen weniger Ersparnisse bilden. So zeigt sich, dass Haushalte einen Teil der reformbedingten, erwarteten Erhöhung des Lebenseinkommens durch die Anpassung der Sparquote leicht in die Phase des Erwerbslebens übertragen. Insgesamt erleben sie im Fall der Verschiebung des Renteneintritts trotz geringerer Sparquote eine Erhöhung des Einkommens in der Rente. Falls sich jedoch die geplante Verlängerung des Erwerbslebens bis zum Alter von 63 Jahren nicht umsetzen lässt – beispielsweise aufgrund fehlender Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt oder gesundheitlicher Probleme – so sorgt die Reduzierung der Sparquote für eine Verringerung der privaten Altersrücklage.

Erwartungen bezüglich Lebensarbeitszeit entscheidend

Die Politik muss bei zukünftigen Diskussionen rund um die Veränderungen im Rentensystem Antizipationseffekte und dadurch hervorgerufene Nebeneffekte bedenken. Andernfalls können Reformen, die die Stabilität der Altersversorgung sichern sollen, ins Leere laufen.

LITERATUR

Etgeton, S., Fischer, B., & Ye, H. (2023). The effect of increasing retirement age on households' savings and consumption expenditure. *Journal of Public Economics*, 221, 104845. <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0047272723000270>



ZEW policy brief

Autoren: Björn Fischer · Bjoern.Fischer@zew.de · Han Ye · RAHan.Ye@zew.de

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Deutschland · info@zew.de · www.zew.de · twitter.com/ZEW
Präsident: Prof. Achim Wambach, PhD · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktionelle Verantwortung: Yvonne Bräutigam · kommunikation@zew.de

Anmerkung zum Zitieren aus dem Text: Es ist gestattet, Auszüge aus dem Text in der Originalsprache zu zitieren, insofern diese durch eine Quellenangabe kenntlich gemacht werden.

© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

ZEW

